

Olympia: Mehr als eine Milliarde gibt es nicht



Ein erstes Signal aus Bern: Sportminister Ueli Maurer erklärt vor den Medien, in welchem Umfang sich der Bund bei der Olympiakandidatur Graubünden 2022 engagieren könnte. Bild Peter Schneider/Keystone

Der Bundesrat ist bereit, eine Milliarde Franken an die Ausrichtung Olympischer Winterspiele in Graubünden zu zahlen. Und er übernimmt die Hälfte der Kandidatur.

Von Sermín Faki und Dario Morandi

Bern/Chur. – Der Bundesrat steht hinter der Olympiakandidatur Graubündens und hat Sportminister Ueli Maurer gestern beauftragt, bis Ende Jahr eine Botschaft ans Parlament

auszuarbeiten. Darin wird sich der Bund bereit erklären, von der drohenden Deckungslücke von geschätzten 1,3 Milliarden Franken eine Milliarde zu übernehmen. Mehr wird es nicht geben, wie Maurers Sprecherin bestätigte. An die Kandidatur selbst wird der Bund 30 Millionen zahlen, das sind 50 Prozent der Gesamtkosten.

Die Bündner Olympiapromotoren freuen sich über den Bundesratsentscheid. Er sei ein «positives, ein starkes Zeichen zugunsten unseres Projekts», sagte Christian Gartmann, Kommunikationsleiter des Vereins

Olympische Winterspiele Graubünden 2022. Der Bundesrat zeige damit, dass er hinter den Plänen für die Austragung von Olympischen Winterspielen stehe, so Gartmann.

Keinen Applaus gibt es hingegen von Stefan Grass, Leiter des Komitees Olympiakritisches Graubünden: Die Mittel für die Kampagne sollte man seiner Ansicht nach besser in die Förderung des Bündner Tourismus investieren «als in eine Kampagne, die mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern wird».

**KOMMENTAR 5. SPALTE
BERICHTE SEITEN 3 UND 17**

KOMMENTAR

EINE CHANCE, DAS VERSPRECHEN ZU HALTEN

Von Sermín Faki

Der Bundesrat steht voll hinter der Bündner Olympiakandidatur. Gian Gilli, Direktor des Vereins Graubünden 2022, und seine Leute haben mit der Zusage des Bundes, die Kandidatur mitzufinanzieren und sogar eine Defizitgarantie von einer Milliarde Franken zu geben, gestern einen wichtigen Meilenstein erreicht. Bis jetzt läuft die Kampagne für die Spiele in St. Moritz und Davos problemlos, wenn man von wenigen Zwischentönen absieht. In den letzten Tagen hatten vor allem linke Politiker Fragezeichen hinter die Schweizer Olympiakandidatur gesetzt. Ein wenig voreilig, muss man sagen, denn bis ins letzte Detail kennt das Projekt noch nicht einmal Sportminister Ueli Maurer.

Die Unterstützung des Bundesrats kann als Vertrauensbeweis in Gillis Arbeit gewertet werden. Sie ist aber auch kaum überraschend. Im jetzigen Stadium kann der Bundesrat nicht anders, als den Promotoren der Olympia-Idee den Rücken zu stärken. Denn diese haben ein grandioses Versprechen gemacht: Kleine, aber feine, weisse und nachhaltige Spiele will Graubünden ausrichten. Jetzt muss man Gilli Zeit lassen, dieses Versprechen in die Tat umzusetzen. Gelingt das, wäre es tatsächlich ein Novum und eine Revolution in Zeiten, in denen sich der olympische Geist besonders gern in Gigantismus äussert.

Und da liegt auch der Hund begraben: Das Internationale Olympische Komitee IOC zeigt bis jetzt keine Anzeichen eines Mentalitätswandels – Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung wiegen dort einfach weniger als gefüllte Bankkonten. Kleine Spiele aber würden IOC und nationalen Verbänden weniger Geld in die Kasse spülen. Aus diesem Grund kann man sich schon fragen, ob sich die 60 Millionen Franken für die Bewerbung lohnen. Die Antwort werden die Bündner im nächsten März an der Urne geben.

Andererseits gehört es ja zum Wesen des Sports, das unmöglich Geglaupte möglich zu machen. Diese Chance haben Gilli & Co. verdient.

«Der Bundesrat steht hinter den Olympischen Spielen»

Der Entscheid des Bundesrates, viel Geld für Olympische Winterspiele in Graubünden lockerzumachen, freut die Promotoren sowie die Tourismusverantwortlichen in Davos und St. Moritz. Nicht aber die Gegner des Grossanlasses.

Von Dario Morandi

Chur. – Die Bündner Regierung hält sich (noch) bedeckt, was sie vom Angebot des Bundesrats hält, die 60 Millionen Franken teure Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2022 in Graubünden mit 30 Millionen Franken zu unterstützen. Das gilt auch für die Zusicherung der Landesregierung, sich am Defizit der Spiele, die etwa 2,8 Milliarden Franken kosten werden, mit einer Milliarde Franken zu beteiligen. Die Regierung werde sich dazu erst am kommenden Montag äussern, wenn sie die Olympiabotschaft zuhänden des Grossen Rates präsentiere, liess der zuständige Regierungsrat Hansjörg Trachsel gestern ausrichten.

Ein starkes Zeichen

Für die Olympiapromotoren ist der Entscheid des Bundesrates «ein positives, ein starkes Zeichen zugunsten unseres Projektes». So jedenfalls formulierte es Christian Gartmann, Kommunikationsleiter des Vereins Olympische Winterspiele Graubünden 2022. «Es zeigt, dass der Bundesrat gewillt ist, ein Entwicklungspro-

jekt im Alpenraum voranzutreiben.» Für ihn ist es weiter ein Signal, «dass der Bundesrat hinter Olympischen Winterspielen in Graubünden steht».

Keine Freude herrscht hingegen im Komitee Olympiakritisches Graubünden. Für dessen Leiter, Stefan Grass, sind die 60 Millionen Franken für das Bewerbungsdossier «falsch investiertes Geld». Seiner Meinung nach würde man diese Mittel angesichts der rückläufigen Gästezahlen im Fremdenverkehr besser in die allgemeine Tourismusförderung investieren. «Anstatt in eine Werbungskampagne, die höchstwahrscheinlich an den hohen Erwartungen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) scheitern wird.»

Die Chancen sind intakt

Dem widerspricht Promotoren-Sprecher Gartmann: Die Chancen der Kandidatur seien nach wie vor intakt. «Im IOC sieht man in unserer Kandidatur einen innovativen Ansatz», sagte er. Dies, weil die Spiele in Graubünden in bereits hochentwickelten Gebieten mit den zwei grossen Wintersportorten Davos und St. Moritz geplant würden. «Graubünden hätte die 30 Millionen Franken vom Bund ohne

Olympische Spiele nie bekommen», gab er zu bedenken.

Das Budget ist zu knapp bemessen

Auch hinter die Defizitzusicherung des Bundesrates setzt Grass vom Olympiakritischen Komitee Fragezeichen. Das Budget von 2,8 Milliarden Franken für die Durchführung der Spiele sei ohnehin zu knapp bemessen. «Die Olympischen Spiele werden sicher weit mehr kosten als geplant», so Grass. Als Beispiel nennt er die Kandidatur der Ukraine, die gemäss seinen Angaben mit Kosten in Höhe von zehn Milliarden Franken



«Es ist ein positives, ein starkes Zeichen zugunsten unseres Projekts»

Christian Gartmann, Leiter Kommunikation des Vereins Olympische Winterspiele Graubünden 2022.

rechnet.

Als unschön bezeichnet er die Tatsache, dass die Schweizer Bevölkerung nicht direkt über die Olympiapläne des Bundes abstimmen kann. Grass rechnet damit, dass es bei der Beratung der bundesrätlichen Olympiabotschaft im National- und Ständerat «noch einige Diskussionen geben wird».

Mit dem Dialog beginnen

In Davos und in St. Moritz ist der Entscheid des Bundesrates mit Genugtuung zur Kenntnis genommen worden. Ariane Ehrat, Geschäftsführerin

der Tourismusorganisation Engadin St. Moritz: «Wir freuen uns sehr über die Haltung des Bundesrates.» Für sie kommt der Entscheid zum richtigen Zeitpunkt. Er sei ein klares Bekenntnis zur Vision mit weissen Spielen und der damit verbundenen Rückkehr des olympischen Wintersportes in die Berge.

Graubünden habe nach der Nomination durch Swiss Olympic eine weitere wichtige Hürde nehmen können, so Ehrat weiter. Nach der Zusicherung der finanziellen Beteiligung des Bundes könne jetzt der Dialog über die Durchführung der Winterspiele mit der Bündner Bevölkerung beginnen.

Ist der Grossanlass überhaupt machbar?

Chur. – Morgen Freitag widmet sich das 15. Wirtschaftsforum Südostschweiz dem Thema Olympische Winterspiele. Der Anlass unter dem Titel «Olympia in Graubünden – Wunsch, Wille oder Wahn?» beginnt um 13.30 Uhr in der Eventhalle an der Gehla auf dem Areal der Oberen Au in Chur. Verschiedene Persönlichkeiten aus den Bereichen Sport, Tourismus und Wirtschaft gehen unter anderem der Frage nach, ob ein solcher Grossanlass für Graubünden in einem für Umwelt und Wirtschaft vernünftigen Rahmen überhaupt machbar ist. (so)

TAGESTHEMA: BÜNDNER OLYMPIAKANDIDATUR

Für Sportfan Maurer ist der Sport bei Olympia zweitrangig

Bundesrat Ueli Maurer sieht in Olympischen Winterspielen mehr als einen Sportanlass. «Graubünden 2022» hat für ihn grössere Dimensionen – weshalb der Bund auch eine Milliarde Franken zahlen würde.

Von Sermīn Faki

Bern. – «Der Bundesrat steht hinter der Olympiakandidatur», hat Bundesrat Ueli Maurer gestern auf Nachfrage eines Journalisten betont. Doch es hätte dieser Nachfrage gar nicht gebraucht: Man sah und hörte dem Sportminister an, dass das olympische Feuer schon längst in ihm lodert. Bis Ende Jahr wird Maurer nun zuhänden des Parlaments eine Botschaft über die Kosten der Olympiakandidatur ausarbeiten. An den 60 Millionen Franken, die bis 2015 für die Ausarbeitung der Kandidatur anfallen, will sich der Bund mit 30 Millionen beteiligen. Ursprünglich hatte es geheissen, dass die Kosten zwischen Kanton Graubünden, Bund und Sportverbänden gedrittelt würden. Maurer erklärte den gewachsenen Bundesanteil damit, dass es sich dabei um Kosten handle, die in den Aufgabenbereich der Schweiz fielen. «Es geht hier nicht um Winterspiele für Graubünden, sondern um Winterspiele für die Schweiz», führte er aus.

Weg vom «Gigantismus» der letzten Jahre

Das Projekt «Graubünden 2022» ist für den Bundesrat zudem mehr als nur eine Olympiakandidatur. Nach Maurers Angaben sieht die Landesregierung den Sport nicht einmal als den wichtigsten Bereich an. «Nur für den Sport Olympische Spiele durchzuführen, wäre nicht infrage gekommen», sagte er. Vielmehr wolle man der Welt mit der Kandidatur beweisen, dass auch ein kleines Land, das den «Gigantismus» der letzten Winterspiele ablehne, leistungsfähig sei. Innenpolitisch soll die Kandidatur den Anstoss geben, über Zukunftsperspektiven für die Bergregionen nachzudenken und Innovationen voranzutreiben. «Wir müssen uns rascher bewegen», so Maurer – und die kurzen Entscheidungsfristen im Rahmen einer Kandidatur beim Internationalen Olympischen Komitee böten sich für den Versuch an, politische Verfahren zu beschleunigen.

Die 30 Millionen Franken für die Kandidaturphase sind jedoch nur der



Packt die Sache an: Bundesrat Ueli Maurer sieht in einer Bündner Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2022 Chancen für die gesamte Schweiz.

Bild Alessandro Della Bella/Keystone

kleinste Brocken. Mehr ins Gewicht fällt, dass sich der Bundesrat auch bereit erklärt, die Durchführung der Spiele, die derzeit auf 1,3 Milliarden Franken geschätzt wird (siehe Kasten), zu einem grossen Teil aus der eigenen Kasse zu berappen. Eine Milliarde ist der Bundesrat bereit zu zahlen. Ein stattlicher Betrag, doch Maurer relativierte gestern: Man habe immerhin eine fixe Summe genannt, weil man sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, mit einer allgemeinen Defizitgarantie «Tür und Tor» für ein finanzielles Fiasko zu öffnen. Maurer

gab sich in diesem Zusammenhang zuversichtlich, dass das Budget für die Olympischen Spiele im veranschlag-

FRAGE DES TAGES

Würden Olympische Spiele 2022 das Image der Schweiz verbessern?
Stimmen Sie heute bis 18 Uhr ab im Internet unter: www.suedostschweiz.ch.

ten Rahmen bleibe, dennoch musste er zugeben, dass es bezüglich der Finanzierung der Spiele noch viele offene Fragen gibt.

Eine Milliarde bringen TV-Rechte

Der Bund schätzt die Kosten für Olympische Winterspiele heute auf rund 4,5 Milliarden Franken. Davon entfallen rund 2,8 Milliarden Franken auf die Durchführung und rund 1,7 Milliarden auf Investitionen in die Infrastruktur. Zu Letzteren müssten der Bund und die Kantone gemeinsam beitragen, den weitaus grössten Teil würden aber Private wie Hoteliers zahlen, so eine Sprecherin des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Mit unter 100 Millionen Franken schlagen die

Investitionen in Sportstätten vergleichsweise tief zu Buche, weil viele Anlagen bereits vorhanden sind.

Einnahmen dürften die Organisatoren 1,5 Milliarden Franken, eine Milliarde allein durch TV-Übertragungsrechte, den Rest durch Sponsoren. Damit entsteht ohne Infrastrukturausgaben ein Minus von 1,3 Milliarden Franken. Durch die Defizitzusage des Bundesrats von einer Milliarde müssten die Organisatoren das Budget noch anpassen, sagte Maurer, der die Zahlen als «gut gerechnet» bezeichnete. (sda/ser)

Das Olympia-Engagement des Bundes ist indes grösser als die eine Milliarde, die der Bund bereit ist, im Rahmen des operationellen Budgets zu übernehmen. Hinzu kommen Investitionen von 1,7 Milliarden Franken. 600 000 Franken sollen für die Verkehrsinfrastruktur ausgegeben werden, um Graubündens Strassen und Schienen olympiatauglich zu machen. Es handle sich dabei um Verkehrsprojekte, die lediglich vorgezogen würden, so Maurer. Welche Region im Gegenzug länger auf ein Verkehrsprojekt warten müsse, konnte er jedoch nicht sagen. «Das muss jetzt alles ausgerechnet werden.» Dies gelte auch für die Sicherheitskosten, die aktuell auf 250 Millionen Franken geschätzt werden.

«Schwierige Bündner»

Ob der Bund sich im vorgestellten Rahmen beteiligen darf, wird das Parlament im kommenden Jahr entscheiden – wenn das Bündner Stimmvolk im März Ja zu den Olympischen Spielen sagt. «Bei einem Nein ist das Projekt vom Tisch», sagte Maurer. «Und die Bündner sind immer ein wenig schwierig einzuschätzen.»